



## Die EU-Referenden in Frankreich und den Niederlanden

### **Eine Suche nach den wirklichen Gründen der Ablehnung**

Von Benjamin Geissert und Christian Posselt  
Berlin, 12.07.2005

### **Einleitung**

In vier Staaten konnten die Bürgerinnen und Bürger bisher über die EU-Verfassung direkt abstimmen. Während sie sich in Spanien und Luxemburg erwartungsgemäß mit deutlicher Mehrheit für den Verfassungsvertrag aussprachen, brachten die Referenden in Frankreich und den Niederlanden eine ebenso deutliche Ablehnung der Konstitution. Die Verfassung ist damit formal gescheitert und die Staats- und Regierungschefs verordneten der EU auf ihrem Gipfeltreffen Mitte Juni in Brüssel zunächst einmal eine einjährige Denkpause.

Viel wurde seitdem über die Ursachen der „gescheiterten“ Referenden spekuliert – die eigentlich gar nicht gescheitert waren, denn es gab jeweils ein rechtskräftiges Ergebnis, nur nicht das, das sich die Staats- und Regierungschefs erhofft hatten. Vielfach wurde vermutet, die Ablehnung der Verfassung sei vor allem innenpolitisch motiviert gewesen: Die Bürgerinnen und Bürger hätten die Referenden als Ventile „missbraucht“, um ihren Frust über die Politik der eigenen Regierung abzulassen. Unter anderem von der deutschen CDU-Chefin Angela Merkel und dem französischen Innenminister Nicolas Sarkozy wurde die Behauptung aufgestellt, der geplante Beitritt der Türkei zur EU habe bei den Volksabstimmungen den Ausschlag gegeben. Gelegentlich wurde auch die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger in Zweifel gezogen: Von dem umfangreichen Vertragswerk seien die meisten schlicht überfordert gewesen.

Halten diese Spekulationen einer Überprüfung stand? Mehr Demokratie hat in dem vorliegenden Papier die Ergebnisse einer Reihe repräsentativer Umfragen aus Frankreich und den Niederlanden zusammengestellt. Sie zeichnen ein wesentlich differenzierteres Bild der Gründe für das französische Non und das niederländische Nee.

Ein wirklich heilsamer Lernprozess kann nur einsetzen, wenn die Ursachen der Krise analysiert und die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden. Erst dann wird eine Europäische Union für und mit den Bürgern realisierbar sein.

### **Die Ergebnisse der Umfragen**

Die hier zusammengestellten Ergebnisse sind einer Reihe repräsentativer Umfragen entnommen, die nach den EU-Referenden in Frankreich und den Niederlanden von verschiedenen Meinungsforschungsinstituten unternommen wurden. Eine Übersicht über die verwendeten Quellen finden Sie am Ende dieser Studie. Die unterschiedlichen Methoden der Datenerhebung und abweichende Befragungssituationen bringen es mit sich, dass teilweise abweichende Ergebnisse zustande kamen. Wir haben weitgehend nur jene Werte berücksichtigt, die in den einzelnen Studien relativ übereinstimmend angegeben wurden.

### Gründe für die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich:

1.	Verhinderung des Türkeibeitritts	56%
2.	Gefährdung der französischen Identität	44%
3.	Neuverhandlung der EU-Verfassung	38%
4.	Unzufriedenheit mit Chirac und Regierung	38%
5.	Negative Auswirkungen auf den französischen Arbeitsmarkt	31%
6.	Ausdruck des persönlichen Gefühls über die EU	26%
7.	Unzufriedenheit mit wirtschaftlicher Situation in Frankreich	25%
8.	Ablehnung einer zu liberalen EU-Verfassung	18%
9.	Geplante EU-Erweiterung verhindern	3%

### Gründe für die Ablehnung der EU-Verfassung in den Niederlanden:

1.	Türkeibeitritt spielt <u>keine</u> Rolle	68%
2.	Ausdruck des persönlichen Gefühls über die EU	60%
3.	Gefährdung der niederländischen Identität	53%
4.	EU-Verfassung bringt keine Verbesserung	48%
5.	Informationssituation war ungenügend	44%
6.	Kein Vertrauen in die niederländischen Politiker	38%
7.	Ausgang des französischen Referendums spielte keine Rolle	33%
8.	Unzufriedenheit mit Balkenende und Regierung	30%
9.	Geplante EU-Erweiterung verhindern	6%

## Die Botschaft der Ergebnisse

Das Bild, das sich bei der Betrachtung der Umfragen ergibt, ist wesentlich differenzierter als jenes, welches sich aus den oben beschriebenen plakativen Thesen ergibt.

### **Innenpolitische Motive spielten nur eine untergeordnete Rolle.**

Wie die kursiv gedruckten Werte zeigen, spielten innenpolitische Motive sowohl in Frankreich als auch in den Niederlanden nur bei rund einem Drittel der Befragten eine Rolle. In Beiden Staaten ist unter den drei am häufigsten genannten Abstimmungsgründen kein einziger innenpolitischer Natur. In Frankreich rangiert die Unzufriedenheit mit der eigenen Regierung immerhin noch auf Platz 4, in den Niederlanden landete die Antwort „Kein Vertrauen in die niederländischen Politiker“ nur auf Platz 6. Diejenigen, die aus innenpolitischen Motiven abgestimmt haben, können zudem mildernde Umstände in Anspruch nehmen: In Staaten, die im Wesentlichen repräsentativ-demokratisch organisiert sind, haben die Bürgerinnen und Bürgern zwischen zwei Wahlen keinerlei Einfluss auf die Politik. Darunter leiden dann entweder Wahlen auf den unteren Ebenen des politischen Systems – so ist in Deutschland bei Landtagswahlen oftmals die Bundespolitik Ausschlag gebend – oder eben auch Referenden.

### **Der Türkei-Beitritt war in den Niederlanden kein Thema.**

Bei der Frage, welche Rolle die geplante Erweiterung der EU und vor allem der mögliche Beitritt der Türkei zur EU bei den Referenden gespielt haben, unterscheiden sich die Umfrageergebnisse in den beiden Ländern stark voneinander. Die Verhinderung des EU-Beitritts der Türkei war für 56 Prozent der Franzosen ein Grund, die Verfassung abzulehnen. Hingegen gaben 68 Prozent der Befragten in den Niederlanden an, der mögliche Beitritt der Türkei habe keinen Einfluss auf ihre Abstimmungsentscheidung gehabt. Dass die „Verhinderung der geplanten EU-Erweiterung“ ein

Grund für ein Nein zur Verfassung gewesen sei, gaben in Frankreich nur drei Prozent und in den Niederlanden nur sechs Prozent der Befragten an.

### **Die Bürger waren kompetent, aber an Informationen mangelte es.**

Der Vorwurf, den Bürgerinnen und Bürger mangle es an Kompetenz, ein so komplexes Vertragswerk wie die EU-Verfassung zu beurteilen, lässt sich umdrehen. 44 Prozent der Befragten in den Niederlanden kritisierten, die Information im Vorfeld des Referendums sei ungenügend gewesen. Diesen Vorwurf müssen sich die Medien, vor allem aber die Regierung der Niederlande und die Organe der EU gefallen lassen. Europa ist offenbar noch nicht transparent genug. Zu viele Verhandlungen werden hinter verschlossenen Türen geführt, inhaltliche Auseinandersetzungen in den Parlamenten oder gar in der Öffentlichkeit sind die absolute Ausnahme.

### **Nicht nur die Verfassung, die EU insgesamt stand auf dem Prüfstand.**

Obwohl also innenpolitische Gründe ebenso wie die Ablehnung eines Beitritts der Türkei zur EU bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden eine Rolle gespielt haben, waren sie bei weitem nicht die einzigen und auch, mit Ausnahme des Türkei-Beitritts in Frankreich, nicht die wichtigsten Gründe für eine Ablehnung der EU-Verfassung. Für die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger standen eher die „Gefährdung der nationalen Identität“ (44 Prozent in Frankreich, 53 Prozent in den Niederlanden) und das „persönliche Gefühl über die EU“ (26 Prozent in Frankreich, 60 Prozent in den Niederlanden) von Bedeutung. Das lässt darauf schließen, dass für die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor etwas Fremdes ist, das ihnen von außen gegenüber tritt und auf das sie keinen Einfluss haben. Hier liegt das eigentliche Dilemma der EU: Noch immer leben wir in einem Europa der Eliten und Experten, von einem Europa der Bürgerinnen und Bürger sind wir nach wie vor meilenweit entfernt.

### **Die Bürger haben sich mit dem Verfassungsentwurf auseinandergesetzt.**

Aus den Erhebungen geht zudem hervor, dass sich die Menschen durchaus mit den Inhalten der Verfassung auseinander gesetzt haben. So gaben 38 Prozent der Befragten in Frankreich an, mit ihrem Nein eine Neuverhandlung des Verfassungsvertrags erreichen zu wollen, 18 Prozent lehnten die Verfassung als zu liberal ab. In den Niederlanden gaben 48 Prozent der Befragten an, die Verfassung bringe keine Verbesserung. Zudem kritisierten wie bereits erwähnt 44 Prozent die Information vor dem Referendum als ungenügend. Alle diese Zahlen deuten darauf hin, dass ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger sich vor der Abstimmung über die Inhalte der Verfassung informiert hat.

### **Ein Wort zu Luxemburg**

Die Frage nach den Gründen, die Bürgerinnen und Bürger bei einer Volksabstimmung bewegt haben, wird in der Regel immer dann gestellt, wenn das Ergebnis nicht wie erhofft ausfällt. Dabei zeigt das Beispiel Luxemburg, dass sich auch die Befürworter der EU-Verfassung diese Frage gefallen lassen müssen. Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, der sich anders als die meisten seiner Kollegen in den anderen EU-Staaten in der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreut, hatte für den Fall eines luxemburgischen Neins seinen Rücktritt angekündigt. Man kann vermuten, dass nicht wenige Bürgerinnen und Bürger für die EU-Verfassung gestimmt haben, weil sie einen Rücktritt Junckers verhindern wollten. Da in Luxemburg zudem Wahlpflicht herrscht, ist davon auszugehen, dass auch viele Menschen abgestimmt haben, die sich kaum oder gar nicht für die EU-Verfassung interessieren und ansonsten der Abstimmung fern geblieben wären.

## Zusammenfassung

Die zitierten Umfragen belegen, dass es sich bei der Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden keineswegs nur um emotionale, kurzsichtige und von innenpolitischer Unzufriedenheit bestimmte Entscheidungen gehandelt hat. Die Bürgerinnen und Bürger haben vielmehr die Chance genutzt, sich mit der EU und ihrer Zukunft auseinanderzusetzen. Dass dabei nicht allein die Inhalte des Verfassungsvertrags ausschlaggebend waren, hängt auch damit zusammen, dass die Bevölkerung bisher kaum in den Prozess der europäischen Integration eingebunden waren. Für die Niederländer war es die erste Volksabstimmung in der modernen Geschichte des Landes überhaupt, in Frankreich liegt die letzte Abstimmung zu Europa immerhin 13 Jahre zurück. Die Botschaft, die von den Referenden ausgeht, ist eindeutig: Die Bürgerinnen und Bürger wollen in den Prozess der EU-Integration miteinbezogen werden, sie wollen mehr Einfluss auf die Brüsseler Politik. Europa braucht mehr Transparenz und mehr Demokratie.

Diese Botschaft der Bürgerinnen und Bürger aufgreifend tritt Mehr Demokratie dafür ein, den Ratifizierungsprozess der EU-Verfassung zu stoppen und Wahlen zu einem neuen Konvent zu organisieren, der dann einen neuen Verfassungsvertrag erarbeiten soll. Die Bürgerinnen und Bürger sollten dabei von Anfang an miteingebunden werden, sie sollten das Recht haben, dem Konvent Vorschläge zu unterbreiten, und sollten schon während der Beratungen zu wesentlichen Richtungsentscheidungen der EU gefragt werden. Am Ende sollte die Bevölkerung in allen Mitgliedstaaten am gleichen Tag über den neuen Verfassungsvertrag abstimmen. Nur so kann ein Europa der Bürgerinnen und Bürger gelingen!

Den von Mehr Demokratie verfassten „Aufruf für einen neuen Konvent zur Zukunft der EU“ finden Sie im Internet: <http://www.mehr-demokratie.de/aufruf.html>

## Quellen

EUobserver.com vom 27.06.2005: <http://www.euobserver.com/?sid=18&aid=19430>  
LE FIGARO/FRANCE 2/EUROPE 1 : <http://www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/8074.asp>  
Louis Harris-Institut : [www.louis-harris.fr/version\\_f/autres\\_s/](http://www.louis-harris.fr/version_f/autres_s/)  
NOS- Journal :  
[http://www.nos.nl/nosjournaal/dossiers/europesegrondwet/020605\\_tabel\\_redenen.html](http://www.nos.nl/nosjournaal/dossiers/europesegrondwet/020605_tabel_redenen.html)  
Umfrage des Meinungsforschers Maurice de Hond: <http://www.maurice.nl/opinie.htm>